

Al-Sharq Al-Awsat, transnationale arabische Tageszeitung
11.07.2010

Gaddafi ordnet offizielle Untersuchung zur Lage der eritreischen Flüchtlinge an

Außergewöhnliche Intervention, um sich gegenüber Kritik und Druck von internationalen Menschenrechtsorganisationen zu behaupten

von Khaled Mahmoud, Kairo

Es handelt sich um eine außergewöhnliche Intervention, doch sie spiegelt wider, welch ungeheurem Druck von außen sein Land ausgesetzt ist. Um die Situation der Flüchtlinge in Libyen zu verbessern, ordnete der libysche Staatsführer Oberst Gaddafi gestern erstmals an, einen offiziellen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Untersucht werden soll, was in diversen Medien über die Lage der eritreischen Flüchtlinge in Libyen zirkulierte.

In Libyen verlautete nun offiziell, Gaddafi habe eine Untersuchung zu der Angelegenheit angeordnet, die in den vergangenen zwei Tagen von den Medien auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Dabei geht es um die Situation der Eritreer in den Unterbringungs- und Abschiebezentren. Ein libyscher Amtsträger betonte gegenüber *Al-Sharq Al-Awsat*, diejenigen, die für die jüngst von mehreren Menschenrechtsorganisationen vorgetragenen Vorwürfe die Verantwortung trügen, würden bestraft werden. In diesen war von Gräueltaten gegenüber den in Libyen festsitzenden eritreischen Flüchtlingen die Rede. Der Amtsträger, der unsere Zeitung aus Tripolis anrief und namentlich nicht genannt werden wollte, meinte: „Wenn es sich bewahrheitet, dass Staatsbedienstete in die Sache verwickelt sind, dann werden sie mit Sicherheit bestraft werden. Libyen ist kein Land, das die Rechte seiner Besucher verletzt, ganz gleich welchen Status sie innehaben.“

Dass Gaddafi sich auf diese Weise einschaltet, ist im libyschen Staate selten. Zuvor waren sowohl die italienische als auch die libysche Regierung darin gescheitert, die Kritik seitens internationaler Menschenrechtsorganisationen hinsichtlich der Situation der Eritreer in Libyen einzudämmen. Neben Menschenrechtlern erhob auch die italienische Opposition Vorwürfe gegen der Regierung Berlusconi und meinte, diese ignoriere die vorsätzlichen Rechtsverletzungen gegenüber den Flüchtlingen.

[...]

Indessen haben sich der Außen- und der Innenminister Italiens, Frattini und Maroni, in einer Erklärung zu Wort gemeldet. Darin erklärten sie, dass sie sich zur Zeit in Libyen als Vermittler in der Sache der Eritreer bemühten. „Momentan läuft eine heikle Vermittlungsaktion unter unserer Aufsicht. Wir sind im Begriff, diese zu vollenden, so dass die Identität der eritreischen Staatsbürger festgestellt werden kann, und wir ihnen, die in Gefahr sind und sich davor fürchten abgeschoben zu werden, in Libyen selbst Arbeitsplätze verschaffen können“, schrieben die beiden Minister in einem in Rom veröffentlichten offenen Brief.

Frattini und Maroni verwiesen darauf, dass Italien unermüdlich damit fortfahre, die libyschen Behörden zu sensibilisieren. „Doch wir haben einen anderen Weg gewählt als den der Propaganda“, schreiben sie. Die zwei Politiker unterstrichen, die Menschenrechte seien etwas Kategorisches und man könne nicht über sie verfügen. Sie wiesen jedoch darauf hin, dass man sich in einer Weise positionieren müsse, die die libysche Souveränität respektiere. Man müsse international dafür sorgen, dass die Vereinten Nationen mit ihren Agenturen sowie weitere internationale Organisationen einbe-

zogen werden. Die Minister warnten vor der Gefahr, „dass die eindringlichen und bisweilen streibaren Appelle seitens unserer parlamentarischen Opposition einen politisch falschen und fruchtlosen neokolonialistischen Standpunkt widerspiegeln“.

Unterdessen teilten die libyschen Behörden mit, sie wollten, in Zusammenarbeit mit der eritreischen Regierung, den Status von 400 eritreischen Flüchtlingen regularisieren. So solle verhindert werden, dass diese Menschen von Schleuserbanden ausgebeutet und in ihrer Unversehrtheit gefährdet werden. In einer Verlautbarung des libyschen Außenministeriums hieß es, die eritreische Botschaft in Tripolis werde es übernehmen, Identitätspapiere für die Flüchtlinge auszustellen, um den Menschen einen Aufenthalt zu ermöglichen. Der Botschafter Eritreas sei über diese Maßnahmen, mit denen sich Libyen an seine internationalen Verpflichtungen hält, in Kenntnis gesetzt worden.

In dem offiziellen Papier wird die Ansicht vertreten, Libyen sei seit Jahren aufeinander folgenden Wellen [sic] von Bürgern einiger arabischer und afrikanischer Staaten ausgesetzt, die sich über die libyschen Land- und Seegrenzen einschlichen und die nach Europa gelangen wollten. Dies habe zum Phänomen der illegalen Migration geführt, samt ihren Folgen an menschlichen Verlusten und Tragödien – sei es, dass viele beim Versuch sich einzuschleichen stürben, oder dass der Menschenhandel durch kriminelle Banden zunähme, die auf organisierte Weise in mehr als einem Staat tätig seien.

Ferner beklagt man sich in der Verlautbarung über die „weiteren Probleme“, welche Libyen mit den Herkunftsstaaten bezüglich der Rückführung der Migranten habe. Außerdem geht es in dem Papier um die Fälle, in denen Menschen in der Wüste oder auf hoher See verschwänden, trotz der Anstrengungen Libyens, diejenigen, die zu Lande oder auf See festsäßen, zu retten, beziehungsweise die Leichen derjenigen zu bergen, die im Meer ertrunken oder in der Wüste verloren gegangen seien.

[...]

Laurence Hart, Leiter der IOM-Vertretung in Libyen, hatte derweil bekannt gegeben, dass man mit den libyschen Autoritäten eine Lösung gefunden habe, den eritreischen Migranten in sozial nützlichen Bereichen Arbeiten zu geben, so wie dies schon bei den Somaliern geschehen ist.

Die Migranten, fügte Hart hinzu, welche Anfang des Monats ins Aufnahmезentrum von Misrata (im Osten) und nach Sabha (im Süden) gebracht worden waren, „hatten Angst davor, wieder in ihr Land abgeschoben zu werden.“ Weiterhin sagte der IOM-Vertreter, seine Organisation sei nicht in der Lage, die Zahl der sich in Libyen befindenden Eritreer genau zu bestimmen.

In einer Mitteilung Anfang dieses Monats hatte Amnesty International geschrieben, mehr als 200 Eritreer seien „geschlagen“ und „gewaltsam nach Sabha gebracht worden, wo die Lebensbedingungen noch viel schrecklicher sind.“

Vergangenen Monat hatte Libyen überraschend das Büro des UNHCR geschlossen, dessen Aktivitäten es als „ungesetzlich“ betrachtete. Die UNHCR-Vertretung hatte 8951 Personen den Status als Flüchtling zuerkannt, weiteren 3689 den eines Asylbewerbers. Libyen ist der Ansicht, dass es sich um illegale Einwanderer handele, die man auf gar keinen Fall als Flüchtlinge, beziehungsweise Asylbewerber ansehen könne. Abgesehen von seiner 1770 Kilometer langen Seegrenze teilt sich Libyen mit sechs afrikanischen Nachbarstaaten eine mehr als 4000 Kilometer lange Grenzlinie. Libyen gilt als Zielland für Migranten, beziehungsweise als Transitland auf dem Weg nach Malta oder Lampedusa, und zwar insbesondere für Migranten aus Süd- und Ostafrika.

Übersetzung aus dem Arabischen

Dieses Übersetzungsprojekt wird unterstützt vom AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg